

Themar im Sommer 2017

# 7000 Rechtsextremisten – Eine Stadt leistet Widerstand!

## Offener Brief zu Erkenntnissen zivilgesellschaftlichen Protestes und Forderungen an politische Entscheidungsträger

### Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie sicherlich der Presse entnehmen konnten, ist Themar im Juli diesen Jahres zum Aufmarschgebiet für Neonazis aus ganz Deutschland und Europa geworden. Am 15. und 29. Juli 2017 fanden zwei, unter dem Deckmantel des Versammlungsrechts angemeldete und dadurch geschützte RechtsRockkonzerte mit insgesamt 7000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen Bereichen der rechtsextremen Szene statt. Gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Themar, den Kirchen und vielen weiteren Unterstützerinnen und Unterstützern konnten wir mit unserem kreativen und bunten Widerstand ein deutliches und friedliches Zeichen gegen derartige Umtriebe in Südthüringen setzen.

Die Erfahrungen, die wir in diesem Zusammenhang machen sind teils positiv, jedoch auch ernüchternd. Wir möchten Sie mit diesem Brief über unsere Erfahrungen informieren und klare Forderungen an Sie als politische Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in Thüringen stellen.

Die wichtigste Erfahrung für uns ist, dass Widerstand und kreativer Protest auch in einer ländlichen Region möglich und erfolgreich sein können. Aber dies verlangt Durchhaltevermögen, Mut, Solidarität und Unterstützung – auch durch öffentliche Verwaltungen und Entscheidungsträger. Nur durch mediale Aufmerksamkeit konnte Aufmerksamkeit geweckt und Unterstützung mobilisiert werden. Somit war es uns möglich, mehrere hundert Menschen aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Schichten und mit sehr verschiedenen Motivationen zu mobilisieren, sich gegen die durchaus bestehende Übermacht der Rechtsextremisten zu wehren.

Wir haben gelernt, dass Zusammenhalt enorm wichtig ist für das Gelingen eines Protestes. Leider wurde durch Verwaltungen, Ordnungsbehörden und auch durch politische Vertreterinnen und

Vertreter versucht, dies zu stören. Nur durch einen aktiven, offenen und für alle Beteiligten transparenten Diskussionsprozess war es möglich, diesen Zusammenhalt zu bewahren.

Wir haben durch die Entwicklungen der letzten Wochen erfahren, dass durch das gemeinsame Ziel des Aufbaus von Gegenprotesten, die Motivation vieler Bürgerinnen und Bürger, sich politisch zu engagieren, gestiegen ist bzw. neu entfacht wurde. Gerade für die demokratische Entwicklung erscheint das uns mehr als notwendig, da somit der allgemein verbreiteten Politikverdrossenheit entgegengewirkt wird.

Wir setzen uns für ein demokratisches und weltoffenes Thüringen ein. Für ein Thüringen, in dem alle Menschen willkommen sind und in dem Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung der mörderischen neonazistischen Ideologie der Raum genommen wird. Um dem Ausbau von rechtsextremistischen Umtrieben entgegenzuwirken, haben wir folgende Forderungen an Sie bzw. bitten Sie um Unterstützung bei deren Umsetzung:

- Schaffen Sie eine bessere und eindeutige gesetzliche Abgrenzung zwischen kommerziellen Veranstaltungen und politischen Versammlungen. Wie wir alle am 15. und 29. Juli 2017 sehen konnten, wird hier unverhohlen ein Grundrecht missbraucht, um finanzielle Mittel für die rechte Szene zu generieren.

- Haben Sie den Mut, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um solche Veranstaltungen/Versammlungen zu unterbinden oder mit einer „Politik der Nadelstiche“ derartige Zusammenkünfte (bspw. mit kreativen Auflagen) zu erschweren.

- Schaffen Sie die Voraussetzungen, dass die Polizei bei solchen Großveranstaltungen zu jedem Zeitpunkt und insbesondere bei der Begehung von Straftaten in der Lage ist, diese geordnet auflösen zu können. In Themar wurde am 15. Juli 2017 durch Hitlergrüße, „Sieg Heil“-Rufe und ähnliches mehr deutlich, dass mit einer ausreichenden Personenzahl rechtsfreie Räume geschaffen

werden können. Dieser Erkenntnisprozess ist sicherlich nicht nur bei uns aufgetreten, sondern auch bei den Neonazis. Hier ist der Rechtsstaat in der Pflicht, zu reagieren und Stärke zu zeigen. Es besteht sonst die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in diesen verlieren.

- Die für uns wichtigste Forderung aber ist, dass Sie als Politikerinnen und Politiker und Verantwortungsträger klar Position beziehen und eindeutig rechtsextremistische Umtriebe ablehnen. Dies geht für uns über reine Lippenbekenntnisse hinaus. Seinen Sie präsent in den Regionen, unterstützen Sie persönlich Bündnisse und aktive Bürgerinnen und Bürger. Stellen Sie sich den unangenehmen Fragen, Ängsten und Vorwürfen der Bevölkerung. Sie sind Teil der Demokratie und in der Pflicht, diese zu verteidigen. Wir als engagierte Zivilgesellschaft unterstützen Sie hierbei gern, wenn Ihre

Motivation aufrichtig, ernsthaft und nicht durch parteipolitische Machtansprüche geprägt ist.

- Ziehen Sie sich nicht weiter aus dem ländlichen Raum zurück. Bieten Sie politische Diskussion und Bildung, um Demokratie lebendig werden zu lassen.

Wir hoffen, dass wir Sie mit unserem Schreiben motivieren konnten, sich aktiver an der Bekämpfung rechtsextremistischer Bewegungen in Thüringen zu beteiligen. Das, was in Themar im Juli 2017 passierte, kann jedem Dorf, jeder Stadt und Region in Thüringen genauso widerfahren. Seien Sie daher wachsam und bewahren Sie durch Ihr Handeln die Demokratie und Weltoffenheit.

Wir stehen für Diskussionen, Gespräche und einen Erfahrungsaustausch gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
**Thomas Jakob**  
Sprecher des Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra

## Nachbetrachtung des Bündnisses für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra zu den Nazikonzerten in Themar

**Kloster Veßra/Themar.** Der Juli 2017 brachte am 15. und 29.7. zwei Großveranstaltungen mit insgesamt 7.000 Rechtsextremisten nach Themar. Mehr als 70 Straftaten wurden durch die teilnehmenden Neonazis begangen. Was bleibt neben der Verunsicherung und der medialen Fokussierung auf Themar als Konzertort für Neonazis zurück? Die Auswirkungen des Sommers 2017 werden noch eine ganze Weile anhalten.

Neben dem Gefühl, es erstmal überstanden zu haben, bleibt etwas zurück, was viele vor einigen Monaten nicht für möglich gehalten haben. Es wurde Widerstand geleistet. Engagierte Bürgerinnen und Bürger aus Themar, des Landkreises Hildburghausen, der Region Südthüringen und anderen Regionen Deutschlands sagten klar: „Nein, nicht mit uns!“ Sie wurden dabei unterstützt durch die Stadt Themar, die Verwaltungsgemeinde Feldstein, die Kirchen, Verbände, einigen wenigen Politikern und Parteien. So konnte ein friedlicher, kreativer und bunter Gegenprotest aufgebaut und umgesetzt werden. Hierfür danken wir ausdrücklich allen Aktiven und Unterstützern!

Das Marktfest am 29. Juli 2017 setzte ein starkes und eindeu-

tiges Zeichen gegen das vor den Toren von Themar stattfindende rechtsextreme Konzert. Bei Musik, gutem Essen, verschiedenen Angeboten für Jung und Alt und einigen Redebeiträgen zeigten ca. 750 bis 900 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, das Themar und Südthüringen bunt, demokratisch und vielfältig sind. Hier gilt es festzuhalten, dass anders als in den Medien dargestellt, das Marktfest durch engagierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Themar, mit Unterstützung von verschiedenen Bündnissen und der Stadtverwaltung Themar organisiert wurde. Der Demonstrationzug von antifaschistischen Gruppen entwickelte sich durch die spontane Teilnahme von vielen Bürgerinnen und Bürgern zur größten Demonstration der Nachwendzeit in Themar. Durch unsere Pfarrerin wurde erneut ein Pilgermarsch angeboten und von vielen Teilnehmerinnen und Teil-

nehmern unterstützt. Wir haben größten Respekt vor dem, was hier geleistet wurde. Sich stündlich dem Spott, der Verachtung und der Aggression der Rechtsextremen aussetzen ist bei Weitem nicht selbstverständlich.

Wir haben es geschafft, neben den Protesten mediale und öffentliche Aufmerksamkeit auf die rechtsextremen Umtriebe in Thüringen zu lenken. Wir zeigen, dass Gegenprotest auch in einer ländlichen Region möglich, sinnvoll und notwendig ist. Wir freuen uns, dass Landrat Thomas Müller nach anfänglicher Distanz erklärte, künftig Teil des Protestes sein zu wollen. „Herr Müller, Sie werden natürlich verstehen, dass wir weiter sehr darauf achten werden, wie sich das Landratsamt und die Ordnungsbehörde in der kommenden Zeit gegenüber uns und rechtsextremen Anmeldungen verhalten.“

Den Großteil der am 15. und 29. Juli 2017 eingenommenen Gelder haben wir bereits an verschiedene Einrichtungen gespendet:

- 500 Euro an das Kinderhospiz Tambach-Dietharz,
- 400 Euro an den TSV Themar (Jugendabteilung),
- 400 Euro an den Kindergarten Themar,
- 300 Euro an den Blasmusik Singertal Themat Thüringen e.V.,
- 250 Euro an das Kinderheim Marisfeld,
- 200 Euro an die Kirche Themar,
- 200 Euro an die Regelschule Themar,
- 200 Euro an den Jugendclub Themar,
- 150 Euro an den Kindergarten Reurieth,
- 150 Euro an den Kindergarten Schleusingen,
- 100 Euro an die Bastelwerkstatt.

Neben dem durchaus positiven Verlauf gibt es für uns natürlich noch einige Dinge, die auf absolutes Unverständnis stoßen. In der Nacht vom 29. zum 30. Juli 2017 wurde eine große Zahl von Plakaten und Bannern zerstört und zerrissen. Es handelt sich unseres Erachtens nach um politisch motivierte Straftaten, die bereits zur Anzeige gebracht wurden. Weiterhin wurden durch Unbe-

kannte Pferde eines Unterstützers mittels Pyrotechnik bedroht und aufgeschreckt. Beim Versuch, den entstandenen Schaden zu beheben, verletzte sich ein Unterstützer schwer. Wir wünschen ihm alles Gute und eine rasche Genesung. Unverständlich ist für viele Bürgerinnen und Bürger das Verhalten des Tankstellenpächters sowie AVIA als Betreiber. Die Tankstelle war am 15. und 29. Juli geöffnet und Neonazis versorgten sich hier ausgiebig mit Alkohol. Das im Beisein der Polizei weiterhin massiv in einer Tankstelle und auf dem Gelände trotz Verbot geraucht werden darf, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir fordern den Pächter sowie AVIA deutlich auf, diese Unterstützung von Rechtsextremen einzustellen.

Das, was wir für die kommende Zeit hoffen ist, dass die Diskussion zu rechtsextremen Konzerten in Thüringen weitergeführt und nicht zur allgemeinen Tagesordnung übergegangen wird. Hierzu werden wir einen offenen Brief an alle Landräte/Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneten versenden, in dem wir unsere Forderungen und Lehren aus dem Juli 2017 deutlich zum Ausdruck bringen.

Der offene Brief wurde bereits am 6. September 2017 den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN (Frau Hennig-Wellsov), dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Herrn Adams), der SPD (Herrn Hey) und der CDU (vertreten durch Frau Flossmann) durch einen Vertreter des Bündnisses (Herr Jakob) persönlich übergeben.

Weiterhin hoffen wir, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger, politisch Verantwortliche und Vereine an den kommenden Gegenprotesten beteiligen. Wir rufen allen zu: „Habt Mut und zeigt, dass Ihr Rechtsextreme in Thüringen nicht wollt!“

Besonderer Dank gilt allen, die uns in den vergangenen Wochen unterstützt haben.

Danke an alle Aktiven! Ihr seid großartig!

**Thomas Jakob**

Sprecher

Bündis für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra

## Harzer: Rente gerecht gestalten - für eine Rente, die zum Leben ausreicht

**Hildburghausen.** Vor den anstehenden Wahlen meiden fast alle Parteien klare Aussagen zur Zukunft der Rentengestaltung oder ergehen sich in allgemeinen Schuldzuweisungen an die Konkurrenz und in populistischen Aussagen zu ihren angeblichen Alternativen.

Für die Linke ist hingegen immer schon klar und Ziel gewesen: Wer Altersarmut bekämpfen will, muss das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente wieder auf 53 Prozent erhöhen. Anders kann die derzeitige Rente nicht spürbar steigen. Eine Rente unterhalb der Armutsgrenze ist entwürdigend. Es soll deshalb eine solidarische Rente an alle Menschen im Rentenalter gezahlt werden, die weniger als 1.050 Euro Nettoeinkommen haben. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen.

Schon lange fordert die Linke eine Erwerbstätigenversicherung: Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden, auch durch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen, Manager und Managerinnen. Auch für Langzeiterwerbslose müssen endlich wieder Beiträge in die Rentenkasse eingezahlt werden. Die Riester-Rente soll in die gesetzliche Rente überführt

werden. Individuell erworbene Rentenansprüche können auf das persönliche Rentenkonto bei der Rentenversicherung übertragen werden. Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen paritätisch von den Beschäftigten und den Unternehmen bzw. Auftraggebern finanziert werden. Das gilt für alle Erwerbstätigen. Die Finanzierung muss wieder solidarische erfolgen, nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer.

Wichtig ist uns dabei aber auch, mit deutlich höheren Vermögensfreibeträgen sicherzustellen, dass soziale Härten vermieden werden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt und nicht wie mit den gesetzlichen Leistungen verrechnet wird. Rentenpolitische Fehler sind dabei zu korrigieren: Die Rente ab 67 muss zurückgenommen werden, statt über eine Rente mit 70 zu schwadronieren. Die doppelte Beitragszahlung auf Krankenversicherungsbeiträgen bei betrieblicher Altersvorsorge ist sofort zu beenden. Betriebsrenten müssen auch bei Sozialbeiträgen den Renten gleichgestellt werden. Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen künftig besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

Zudem ist die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich zu beenden.

Bereits seit Jahren und offenbar noch immer als einzige Partei fordert die Linke eine zügige Angleichung der Rente an das Westniveau, während dies allen anderen egal zu sein scheint. Die Benachteiligung in der DDR geschiedenen Frauen muss beendet werden, es ist ein Skandal, dass diese Frauen weniger Rente bekommen, nur weil sie in der DDR geschieden wurden. Das trifft u.a. auch auf die Benachteiligung von DDR-Krankenschwestern und DDR-Bergleuten zu. Das solide berechnete Rentenmodell der Linken geht über bloße Politikerschelte hinaus und setzt auch nicht auf eine Kapitalmarkt-Lösung, die abhängig von Zinsen und Marktgeschehen das Risiko einseitig auf die Versicherten abwälzt. Das Modell würde bei Umsetzung jene Rentengerechtigkeit schaffen, welche eine der Voraussetzungen für den sozialen Frieden in unserer Gesellschaft ist. Es würde den menschenunwürdigen Zustand der Gegenwart beenden, dass Senioren mit einer geringen Rente sich gezwungen sehen, trotz hohen Alters noch Geld verdienen oder Flaschen sammeln müssen. Hier von „Engagement und Leistungswille“ bei Senioren zu fabulieren, ist nicht nur verklärend, sondern zynisch. <https://www.die-linke.de/themen/rente/>

**Steffen Harzer**

**Steffen Harzer:  
Mit Herz und Schnauze**



**Am 24. September  
beide Stimmen für  
DIE LINKE.**



[www.steffen-harzer.de](http://www.steffen-harzer.de)

U.S./P. Axel Hoffmann-Domke, Eigen-Richte, Nr. 41, 98085 Erfurt, Foto: Kerstin Dille